



Hans-Kurt Hill

Mitglied des Deutschen Bundestages
Energiepolitischer Sprecher DIE LINKE.

Hans-Kurt Hill, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

An die
Rechtsanwälte Lenz und Johlen
Herrn Dr. Alexander Beutling
Postfach 10 23 65

50463 Köln

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Jakob-Kaiser-Haus
Raum 3.703
☎ (030) 227 – 72476
☎ (030) 227 – 76476
✉ hans-kurt.hill@bundestag.de

Wahlkreis
Saarbrücker Straße 42-44
66265 Heusweiler
☎ (06806) – 603 06 38
☎ (06806) – 063 06 39
✉ hans-kurt.hill.wk05@wk.bundestag.de

www.hanskurthill.de

Berlin, 18. Februar 2009 bs

Klimaschutz bzgl. der Kraftwerke im Rheinischen Revier

Sehr geehrter Herr Dr. Beutling,

vielen Dank für Ihr Schreiben und die sehr aufschlussreiche Stellungnahme vom 28. Januar 2009. Herr Dr. Gysi reichte die Unterlagen zuständigkeithalber an mich weiter. Bitte erlauben Sie mir als energiepolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE Ihnen zu antworten.

Wir teilen die von Ihnen geäußerte Problematik, dass die Anlagenbetreiber ihren Verpflichtungen zum Umwelt- und Klimaschutz in der Praxis nicht nachkommen. Aus eigener Erfahrung vom geplanten RWE-Kraftwerk in Ensdorf, das am Widerstand der betroffenen Gemeinde scheiterte, weiß ich um die „Taschenspielertricks“ bezüglich der Luftschadstoff- und Klimagas-Emissionswerte. Häufig ist der Punkt, dass alte Anlagen für groß dimensionierte Neubauten schon deshalb nicht vom Netz genommen werden können, weil daran eine Fernwärmeversorgung für umliegende Industrien oder Gemeinden hängen – abgesehen davon dass kein verpflichtender Zusammenhang zum Genehmigungsverfahren hergestellt wird.

Für uns ist interessant, dass Sie bezüglich der Klimagasproblematik in etwa zu den gleichen Ergebnissen kommen wie wir. Dem beiliegenden Gutachten der Forschungsstelle Umweltpolitik an der FU Berlin können Sie entnehmen, dass der CO₂-Ausstoß im Rheinischen Revier in den nächsten 25 Jahren nur marginal sinkt und danach bei Verwirklichung weiterer Ausbaupläne, wie sie RWE andenkt, ein absoluter Anstieg auf das Niveau der 1990 er Jahre möglich ist – bei sinkendem spezifischem Ausstoß. Entscheidend ist bei Braunkohle die auszukohlende Menge der heimischen Tagebaue. Diese bildet die Grundlage für die Emissionen und nicht der Wirkungsgrad eines Kraftwerks. Wie die Szenarien in der Untersuchung der Autoren Krien und Korbach zeigen, können die Klimagasmengen nur durch klare Vorgaben begrenzt werden, indem ein Zubauverbot mit strengen technischen Anforderungen an Bestandsanlagen gekoppelt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Kurt Hill